

-4. Okt. 1971

Verein der Diplombibliothekare
an wissenschaftlichen Bibliotheken e. V.

8 München 34, im August 1971
Bayerische Staatsbibliothek
Abhofach
Postscheckkonto Hamburg Nr. 294 86

1020-11

RUNDSCHREIBEN 1971/2

Zum 61. Deutschen Bibliothekartag vom 1. bis 5. Juni 1971 in Köln

Am Bibliothekartag nahmen nach dem Teilnehmerverzeichnis 777 Damen und Herren, davon 264 Mitglieder unseres Vereins teil.

In seiner Eröffnungsrede begrüßte der Vorsitzende des VDB, Herr Professor Schmidt-Künsemüller im Namen unserer beiden Vereine die Vertreter der Behörden, Kirchen und befreundeten Verbände, den Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herrn Dr. Schiel, sowie als Gäste 30 Bibliothekare aus 11 Ländern. Sodann kam der Redner auf aktuelle Sorgen und Probleme der Bibliothekare und Bibliotheken zu sprechen: „Sie sind keineswegs nur finanzieller Natur. Natürlich sind auch in dieser Hinsicht unsere Befürchtungen nicht gering, zumal wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage zu Einschränkungen tendiert; zu oft schon haben die Bibliothekare die bittere Erfahrung gemacht, daß sie am Ende der Speisetafel sitzen mußten. Was ihnen jedoch zur Zeit nicht minder große Sorge bereitet, ist das geringe Verständnis einiger Ministerien für das Bestreben der Bibliotheken, ihre fachlichen Aufgaben und Probleme in einem eigenständigen Zusammenschluß besser und effektiver zu lösen, als das bislang in den Kommissionen eines finanzschwachen Personalverbandes, eben des Vereins Deutscher Bibliothekare, möglich war. Es ist sehr merkwürdig und schwer verständlich, daß hier die Eigeninitiative der Fachleute, die in anderen Bereichen so oft vermißt wird, mit wenig einsichtigen Argumenten und Gründen gehemmt wird. Anstatt sich des uneigennütigen Angebots der Bibliothekare zu bedienen, die ja wohl am besten wissen müssen, was in ihren Instituten verbessert und vorausgeplant werden muß, wird dieses Anerbieten aus einer übersteigerten staatstheoretischen Doktrin gründlich verkannt. Es kann und will uns nicht einleuchten, daß den Bibliotheken verwehrt sein soll; was im freien Kräftespiel, im Prozeß der Meinungs- und Entscheidungsbildung sonst überall in unserem Lande gang und gäbe ist. Gleichwohl werden die Bibliothekare nicht aufhören, den Plan eines Verbandes der wissenschaftlichen Bibliotheken weiter zu verfolgen, und ich möchte von dieser Stelle aus noch einmal eindringlich an die Kultusministerien der Länder appellieren, im Interesse und zum Nutzen der Sache unser Vorhaben richtig zu verstehen und zu unterstützen.“

Zum Thema der Tagung sagte der Vorsitzende: „Wenn wir die bibliothekarische Ausbildung in den Mittelpunkt dieses Bibliothekartages gestellt haben, so geschah dies in bewußter Absicht. Neben der Reform der Hochschulbibliotheken gibt es kein aktuelleres Thema, und das nicht nur in unserem Lande. Es ist sicher kein

Zufall, daß sich die Tagung des Internationalen Verbandes der Bibliothekarvereine in diesem Jahr mit demselben Gegenstand beschäftigen wird.

Natürlich denken die Bibliothekare wie jede andere Berufsgruppe permanent über die Ausbildung ihres Nachwuchses und ihre Verbesserung nach. Nur war früher das Berufsbild des Bibliothekars im Grundsatz weniger umstritten. Es hat zwar immer Kontroversen um die Ausbildungsdauer, um das Verhältnis von Theorie und Praxis, um den Vorrang von Verwaltung oder Forschung gegeben. Doch erst die Wandlung in den Funktionen unserer Bibliotheken in der jüngsten Gegenwart und ihre stärkere Verflechtung mit den Informationsprozessen der Wissenschaft stellen sie vor ganz neue, schwierige Aufgaben. Dazu kommt, daß wir uns erst heute der Grundlagen und Forderungen einer Bibliothekswissenschaft ganz bewußt werden. Das so bedeutsame Kölner Colloquium vor 2 Jahren hat hierin für die Bundesrepublik das Startzeichen gesetzt. Von dieser Entwicklung werden die Konturen des bibliothekarischen Berufsbildes nachhaltig beeinflusst. Und dies wiederum hat seine entscheidenden Auswirkungen auf die Ausbildung unseres Nachwuchses.

Die Diskussion über diese Themen ist in vollem Gange. An ihr sind alle Sparten des Bibliothekswesens und Angehörige aller bibliothekarischen Dienste beteiligt. Es wird kaum möglich sein, auf dieser Tagung in den vielen noch offenen oder umstrittenen Fragen zu einer einhelligen Meinungsbildung zu kommen. Wohl aber hoffe ich, daß die Referate und Diskussionen in den angesetzten 4 Arbeitskreisen am morgigen Vormittag zur Klärung und Annäherung der in mancher Hinsicht noch recht unterschiedlichen Standpunkte beitragen werden. Nach meiner Kenntnis der Resumés der zu haltenden Referate kann ich sagen, daß alle Auffassungen und Richtungen darin zum Ausdruck kommen. Das ist gut so und verspricht lebhaftere, interessante Debatten. Der heutige Hauptvortrag wird gleichsam die Introduction zu der Szenenfolge des morgigen Tages geben, während die Referate heute nachmittag gleichsam die Positionen und Fakten klarlegen werden.“

Da in der „Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie“ die größeren Vorträge abgedruckt werden und über die Diskussionen der Arbeitskreise ausführlich berichtet wird, kann wohl hier auf eine Berichterstattung über den weiteren Verlauf des Bibliothekartages verzichtet werden, vielmehr wollen wir uns darauf beschränken, Sie über die besonderen Veranstaltungen unseres Vereines zu informieren.

Die Mitgliederversammlung 1971 unseres Vereins war für den 4. Juni in Köln, im Hörsaalgebäude der Universität Köln, Hörsaal B satzungsgemäß einberufen worden. Sie wurde vom Vorsitzenden um 9,10 Uhr eröffnet mit der Begrüßung von 231 Mitgliedern und einigen Gästen, die gebeten wurden, sich bei Abstimmungen und Diskussionen der Stimme zu enthalten.

Die Versammlung gedachte des verstorbenen Mitgliedes Irena M u m m e, Braunschweig.

Die Tagesordnung lautete:

1. Jahresbericht
2. Kassenbericht 1970, Haushaltsvoranschlag 1971
3. Fusionierung VDB/VdDB
4. Anschluß an eine Spitzenorganisation
5. Beamten- und Angestelltenprobleme
6. Ausbildungsfragen
7. Anträge
8. Verschiedens

Zu 1:

Der Vorsitzende erstattete zunächst den

Jahresbericht 1970/71

Das erste Jahr des neuen Vorstandes stand zunächst im Zeichen der Übernahme der Geschäfte und des Umzugs des Geschäftszimmers. Seit dem letzten Vorstandswechsel war die Zahl der Mitglieder um 33% von 1 100 auf 1 463 gestiegen und damit natürlich auch entsprechend die Akten und Unterlagen. Die Übernahme der Geschäfte erfolgte am Wochenende 27./28. Juni 1970 unter Mitnahme der wichtigsten Unterlagen im Reisegepäck; der Umzug des Geschäftszimmers selbst, bestehend aus 2 Aktenschränken und 2 Kisten mit Akten und Büchern fand am 3. 10. 1970 statt. Die Umschreibung im Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg erfolgte am 14. Sept. 1970, zwei Monate nach der Antragstellung.

Der Brauch, daß jeweils der letzte Vorsitzende im neuen Vorstand als stellvertretender Vorsitzender fungierte, gewährleistete eine fast nahtlose Weiterführung der Vorstandsarbeit. Zuerst galt es einige Organisationsprobleme zu lösen: Wie sollten bei Versendeaktionen die rund 1 500 Adressen geschrieben werden? Da wir keine automatische Adrema mitbenützen konnten und die Anschaffung einer eigenen Anlage wegen der hohen Kosten nicht in Frage kam, entschlossen wir uns zum Druck der Adressen über Folien auf DIN A 4-Bögen, die jeweils zerschnitten und aufgeklebt werden. Sodann galt es, eine preiswerte Druckerei für den Druck der Rundschreiben zu finden. Dabei zeigte sich, daß die Druckkosten in Karlsruhe erheblich unter den billigsten Angeboten in Südbayern lagen. Trotzdem wollten wir aber Herrn Kaller, der während seiner Vorstandschaft den Druck von 17 Rundschreiben hatte vorbereitet und überwachen müssen, nicht weiterhin mit dieser Arbeit belasten.

Im Laufe unserer Arbeit zeigte sich immer mehr, daß eine zentrale Führung der Vereinsgeschäfte durch ehrenamtliche Kräfte bei einer Mitgliederzahl von über 1 500 nur noch möglich ist, wenn Landesgruppen und Ortsverbände mit dem Vorstand eng zusammenarbeiten. Um deren Mitarbeit zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, haben wir mit Hilfe unserer Adressenlisten den Beiräten die Unterlagen für eine Mitgliederkartei ihrer Landesgruppe geliefert und werden sie künftig über sämtliche Veränderungen auf dem Laufenden

halten. Wir erwarten selbstverständlich, daß das umgekehrt auch geschieht. Trotzdem appellieren wir an alle Mitglieder, uns Änderungen ihrer Dienststellen und ihrer Adressen immer umgehend mitzuteilen, damit die Zahl der Rückläufe unzustellbarer Sendungen auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden kann. Besonders notwendig ist auch, daß Mitglieder, die vom Ableben eines anderen erfahren, uns dies gleich mitteilen, damit der Vorstand den Angehörigen wenigstens kondolieren kann.

Seit unserer Amtsübernahme haben wir zwei sechseitige Rundschreiben herausgegeben, mit denen wir unsere Mitglieder über den Stand der uns besonders bewegenden Probleme informierten. Über die **Ausbildungsfrage** hat uns die Vorsitzende unserer Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen im letzten Rundschreiben sehr ausführlich unterrichtet. Nach dem Erscheinen dieses Berichts fand am 22./23. 3. 1971 in Berlin eine weitere klärende Sitzung des „Darmstädter Kreises“ — auch Gruppe Borngässer genannt — mit der Kommission für Ausbildungsfragen des VDB statt. Am 2. Tag hat von unserer Kommission Herr Michelsen daran teilgenommen. Im wesentlichen hat vorgelesen Herr Dr. Geh über den neuesten Stand der Ausbildungsdiskussion berichtet. Herr Michelsen sollte diesem Bericht noch seine persönlichen Eindrücke hinzufügen. Leider hat er in letzter Minute seine Teilnahme am Bibliothekartag aus gesundheitlichen Gründen absagen müssen. Frau Tiedemann, die Vorsitzende unserer Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen kann aus gesundheitlichen Gründen am diesjährigen Bibliothekartag leider nicht teilnehmen; sie hat vorgeschlagen, wir sollten in der Mitgliederversammlung im Anschluß an die Kurzberichte der beiden anwesenden Kommissionsmitglieder Ihnen Gelegenheit zu Fragen und zur Diskussion geben.

Die Besoldungs- und Tarifkommission hat sich im wesentlichen des **A n g e s t e l l t e n p r o b l e m s** angenommen, in dem unsere Kollegen ja leider wieder eine Enttäuschung erleben mußten. Wir haben Sie ausführlich über unseren Protest an den Bundesinnenminister durch den mit den Kommissionsberichten verschickten Tätigkeitsbericht informiert, so daß ich mir an dieser Stelle wohl weitere Ausführungen darüber ersparen kann. Eine Antwort des Bundesinnenministeriums steht leider noch aus. Verhandlungen über den neuen BAT haben noch nicht stattgefunden, wir wollen versuchen, unsere Vorstellungen bei den Gewerkschaften durch Kollegen der Arbeitsgruppen in Bochum, Bremen/Hamburg und München entsprechend vertreten zu lassen, um vor allem eine Gleichstellung mit den Diplombibliothekaren für öffentliche Büchereien zu erreichen. Herr Mursch wird nachher Gelegenheit nehmen, Ihnen den im letzten Rundschreiben veröffentlichten Entwurf der Tätigkeitsmerkmale zu erläutern und zu begründen. Dabei erhoffen wir aus Ihrer Mitte Anregung und Vorschläge.

Auf dem **B e a m t e n s e k t o r** werden wir uns wieder verstärkt im Einvernehmen mit den Landesgruppen darum kümmern, daß auch die Bibliotheksbeamten in den Genuß der vom Bund vorgesehenen Schlüsselzahlen kommen, die für A 9/10 54 v. H., für A 11 30 v. H., für A 12 12 v. H. und für A 13 4 v. H. vorsehen. Wir vermissen für unsere Arbeit in diesen Fragen jetzt die ausgezeichneten „gelben“ Informationen, die wir bis Ende 1970 vom Beamtenkartell regelmäßig erhielten.

Ein sehr wesentlicher Teil der Vorstandsarbeit bestand in der Mitvorbereitung des diesjährigen Bibliothekartages. Der Vorsitzende nahm dazu an den beiden vorbereitenden Vereinsausschußsitzungen des VDB am 6. 10. 1970 in Würzburg und am 15. 1. 1971 in Köln teil. Wie Sie schon dem Tagungsprogramm entnehmen und in den verfloßenen Tagen erleben konnten, war unser Berufsstand diesmal stark an der Gestaltung des Bibliothekartages beteiligt. Neben dem Referat unseres Kollegen Mursch am Mittwochnachmittag haben aus unseren Reihen Frau Schlemm und Herr Randel in den Arbeitsgruppen „Praktikum-Informatorium“ und „Bibliothestudium-Fachstudium“ Kurzreferate gehalten und viel beachtet wurde unser Angebot an Facharbeitskreisen am Donnerstagnachmittag. Wir verfolgten mit dieser starken Präsenz unseres Berufsstandes das Ziel, den Kollegen des höheren Dienstes zu zeigen, daß wir nicht mehr nur passive Zuhörer und Mitläufer sein wollen, sondern unseren Teil dazu beitragen werden, aktive Partner im Berufsstand der Bibliothekare zu sein.

Am 1. Oktober 1970 hat mich der Vorsitzende des VDB, Herr Prof. Schmitt-Künsemüller anlässlich eines dienstlichen Aufenthaltes in München aufgesucht, um wegen des Zusammengehens von VDB und VdDB mit mir zu sprechen. Wie Sie wohl in Heft 4/5 ZfBB 1970 gelesen haben, hatte die Mitgliederversammlung des VDB in Augsburg ihren Vorstand sehr konkrete Aufträge über die Umgestaltung des Vereins gegeben, wobei auch eine baldige Fusion mit dem VdDB gefordert wurde. „Ein Antrag, diese Fusion vorzubereiten, wurde durch die Bekundung des Vorsitzenden, die Möglichkeiten einer solchen Fusion zu erkunden, erledigt.“ Im VDB besteht offenbar eine große Mehrheit für ein Zusammengehen; aus Äußerungen einiger unserer Mitglieder gegenüber Kollegen des höheren Dienstes entstand beim VDB der Eindruck, daß bei uns eine zu starke Opposition gegen die Fusionierung bestehen könnte. Die beiden Vorsitzenden waren sich aber einig, daß ein Zusammengehen der beiden Verbände unumgänglich sei und in einer Satzung gewährleistet werden müsse, daß keiner der beiden Dienste vom anderen majorisiert werden könne. Die Frage der Fusionierung wurde auch in den beiden oben erwähnten Vereinsausschußsitzungen mit mir besprochen. Das Haupthindernis für eine Zusammenlegung unserer beiden Verbände besteht darin, daß der VDB kein reiner Personalverband ist wie wir, sondern sehr viele Sachaufgaben wahrnimmt, die eigentlich in die Kompetenz eines Bibliothekenverbandes gehören. Daraus erklärt sich auch die Zusammensetzung des Vereinsausschusses, in dem die verschiedenen Bibliothekssparten nicht aber die Mitglieder etwa eines Landes vertreten sind. Das Problem der Zusammenlegung unserer beiden Verbände vor der Abgabe der reinen Sachaufgaben durch den VDB besteht nun darin, daß der Vereinsausschuß, in dem sowohl die Bibliothekssparten als auch die Landesgruppen vertreten sein müßten, personell so groß würde, daß er nicht arbeitsfähig wäre und unser Berufsstand dann in jedem Fall überstimmt werden könnte. Die beiden Vorsitzenden haben sich geeinigt, nichts zu übereilen und nur schrittweise vorzugehen. Beide Verbände schlagen in den heutigen Mitgliederversammlungen deshalb eine engere Zusammenarbeit und Koordinierung durch gegenseitige Vertretung in den Vorständen vor.

Im Zusammenhang mit der Fusionierung der beiden Verbände wurde auch die Frage des Anschlusses an einen Spitzenverband besprochen. Nach Auflösung des Beamtenkartells ist unser Verband hier nicht

mehr gebunden. Wir werden im Verlauf dieser Mitgliederversammlung aufgrund des ausgelegten Übersichtsblasses über die verschiedenen Möglichkeiten diskutieren. Zu einer Entscheidung über diese Frage halte ich allerdings die Mitgliederversammlung nicht berechtigt, vielmehr muß in einer schriftlichen Abstimmung das Votum aller Mitglieder eingeholt werden. Bei dieser Entscheidung wird im übrigen berücksichtigt werden müssen, welche Stellung die Mitgliederversammlung des VDB heute in dieser Frage beziehen wird.

In einem eigenen maschinenschriftlich vervielfältigten Rundbrief hat der Vorsitzende die Beiräte anfangs dieses Jahres über das Problem der Fusionierung, der regionalen Gliederung und des Anschlusses an eine Spitzenorganisation informiert, in der Hoffnung, daß die Ortsverbände am Sitz der Beiräte sich in Diskussionen bereits mit diesen Fragen auseinandersetzen würden.

Bei der IFLA-Tagung in Moskau habe ich persönlich unseren Verein vertreten. Ich schulde Ihnen darüber noch einen Bericht im Rundschreiben. Er unterblieb bisher aus echtem Zeitmangel.

Wie in den Rundschreiben berichtet, hat die Bibliothekskonferenz am 5. 10. 1970 in München und am 10. 2. 1971 in Bochum getagt. Eine weitere Sitzung fand am 14. 4. 1971 ebenfalls in Bochum statt. An allen drei Sitzungen habe ich als Vertreter unseres Vereins teilgenommen. Zwar werden auf diesen Sitzungen viele Fragen besprochen, die mehr in den Aufgabenbereich eines Sachverbandes gehören, die Beteiligung unseres Vereins an diesen Beratungen bedeutet aber, wie schon im vorjährigen Jahresbericht vermerkt, für unseren Verein eine erfreuliche Zunahme seines Ansehens und die volle Anerkennung seiner berufsständischen Arbeit.

In der von der Bibliothekskonferenz getragenen „Bibliothekarischen Auslandsstelle“ wird unser Verein durch unsere Kollegin Karin Siebert vertreten. In letzter Minute mußte sie aus dienstlichen Gründen ihre Teilnahme am Bibliothekartag absagen. Ihr Bericht ist in diesem Rundschreiben nach den Berichten der Arbeitskreise abgedruckt.

Bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken in Berlin vom 24.-26. 3. 1971 wurde unser Verein von der dortigen Beirätin, Frau Fechner, vertreten. Zur Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft „Öffentliche Bücherei“, also des VBB und DVB, hatte der Verein Herrn Kastner von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer entsandt.

In den nächsten Monaten wird in der Reihe der „Blätter zur Berufskunde“ ein Heft über den Diplombibliothekar an wissenschaftlichen Bibliotheken von Dr. Hauschka erscheinen. Da das Heft im Einvernehmen mit dem VDB und dem VdDB herausgegeben werden soll, wurde das Manuskript uns zur Begutachtung vorgelegt. Die Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen und der Vorsitzende haben dem Verfasser einige Änderungen vorgeschlagen. Für die Zeitschrift „Der Bibliotheksdienst“ hat der Vorsitzende eine kurze Selbstdarstellung unseres Vereins verfaßt, die demnächst erscheinen dürfte. Zu einer weiteren Mitarbeit im „Bibliotheksdienst“ ist es leider nicht gekommen.

Obwohl ich mir bei der Übernahme des Vereinsvorsitzes völlig klar darüber war, daß unsere Satzung in der Fassung vom 1. 6. 1955 veraltet sei, habe ich in Anbetracht der geplanten Fusionierung keinen Vorschlag für eine Satzungsänderung ausgearbeitet, um nicht un-

nötigerweise hier Zeit und Kraft zu investieren. Nachdem aber nach dem Jahresbericht des VDB mit einer raschen Zusammenlegung der Verbände nicht gerechnet werden kann, werden wir uns mit dem Entwurf einer Satzungsänderung beschäftigen müssen und ihn den Mitgliedern zur Entscheidung vorlegen.

Ebenso wichtig wie eine Satzungsänderung erscheint mir aber die Notwendigkeit, einer echten Demokratisierung unseres Vereins. Es klingt vielleicht banal und überflüssig, wenn ich Ihnen sage, daß nicht der Vorstand, sondern die **Gesamtheit der Mitglieder der Verein ist**. Demokratisierung kann also nicht heißen, daß Einrichtungen geschaffen werden, um den Vorstand zu kontrollieren und zu überwachen, sondern daß jedes Mitglied sich verantwortlich für unsere gemeinsamen Belange fühlt und seine Meinung zu anstehenden Problemen entweder dem zuständigen Beirat oder unmittelbar dem Vorstand kundtut. Ich freue mich über jeden Brief von Mitgliedern, auch wenn er kritisch ist, weil ich daran sehe, daß unsere Arbeit Beachtung findet und wir nicht allein stehen. Wir wissen, daß sich bedauerlicherweise nur wenige Kollegen für die Übernahme eines Amtes oder einer besonderen Aufgabe zur Verfügung stellen wollen, trotzdem möchte ich nochmals an die aktive und konstruktive Mitarbeit von Ihnen allen appellieren. Nur wenn der Vorstand weiß, wer bereit ist, sich zu engagieren, wird es möglich sein, die Vereinsarbeit auf eine notwendige breitere und tragfähigere Basis zu stellen. Ich bin überzeugt, daß viele unserer Mitglieder in der Lage wären, gute Mitarbeit zu leisten, wir können sie aber nicht darum bitten, weil wir sie nicht kennen. Hier ist Bescheidenheit und Zurückhaltung fehl am Platz und Kritik hinter vorgehaltener Hand hilft unserer gemeinsamen Sache nicht, sondern nur die Bereitschaft zu einem Engagement.

Ich bin mir bewußt, daß viel mehr hätte geschehen können und müssen und daß Sie mit Recht nicht in allen Punkten mit der Arbeit des Vorstandes zufrieden sind. Ich muß Ihnen aber ehrlich sagen, daß wir nicht mehr tun konnten. Ich konnte nicht noch mehr an Freizeit, Wochenenden und Nachtstunden opfern, als ich es schon getan habe. Lassen Sie mich an dieser Stelle in Ihrem Namen Frau Hütz-Indra, Fräulein Schaumeier und Herrn Kaller, sowie den Kommissionsmitgliedern, den Leitern der Arbeitskreise und den Kollegen, die sich beratend und selbstlos helfend an der Arbeit des Vorstandes beteiligt haben, danken.

Im Kassenbericht, den Ihnen die Kassenwartin als Punkt 2 der Tagesordnung erstatten wird, werden Sie erkennen, daß wir uns bemüht haben, sparsam zu wirtschaften, und nicht dem allgemeinen Trend der Ausgabenenerweiterung und -steigerung verfallen sind. Die Reserven sind infolgedessen und wegen des Wegfalls des Beitrages zum Beamtenkartell rein zahlenmäßig, leider aber nicht wertmäßig gleich geblieben und wir werden so zunächst die durch äußere Einflüsse bedingten Ausgabensteigerungen verkraften können. Es ist aber zu befürchten, daß durch die Lohnerhöhung im graphischen Gewerbe, die sich auf unsere Rundschreiben auswirken, durch die Erhöhung des Portos für Drucksachen und weitere Fahrpreiserhöhungen der Bundesbahn der Haushaltsvoranschlag ausgeschöpft werden muß und wir dann nicht mehr um eine Erhöhung des Mitgliederbeitrags herumkommen werden.

An den Schluß dieses Jahresberichtes möchte ich eine kurze Vorausschau für das kommende Jahr stellen. Als erstes wird die **Satzungsänderung** zu beraten sein,

damit sie möglichst bald den Mitgliedern zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Im Rundschreiben 1971/3 ist die Wahl der neuen Beiräte für die Jahre 1972/74 auszuschreiben und um Wahlvorschläge zu bitten. Die Wahl selbst wird wie üblich in den Landesverbänden bis Ende Februar durchgeführt werden. In der Ausbildungsfrage werden wir in den nächsten Wochen an die Kultusministerkonferenz herantreten und unsere Forderungen für die Neugestaltung der Ausbildung für die Diplombibliothekare vortragen. Wegen weiterer Schritte in den Besoldungs- und Tariffragen müssen wir zunächst unsere statistischen Unterlagen wieder auf den neuesten Stand bringen: Wieviele unserer Kollegen stehen im Angestelltenverhältnis? Wieweit ist der obengenannte Stellenschlüssel für den gehobenen Bibliotheksdienst bereits verwirklicht?

An der IFLA-Tagung in Liverpool Ende August-Anfang September werden als Vertreter unseres Vereins die Beirätin von Rheinland-Pfalz Frau Blüthner, Mainz und ich teilnehmen.

Zuletzt darf ich den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß im Anschluß an den Bibliothekartag die Gruppenarbeit wieder verstärkt aufgenommen wird und es damit in den Kreisen unserer Mitglieder zu einem größeren Selbst- und Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft unseres Berufsstandes kommt.

Zu 2: Die Kassenwartin, Frau Ch. Schaumaier, München erstattete den Kassenbericht 1970. Im Namen der beiden Kassenprüfer, Frau I. Bülow und Herrn H. Popst, München, verlas der letztere den Kassenprüferbericht: „Die Haushaltsführung des VdDB für das Jahr 1970 wurde durch die von der Mitgliederversammlung 1970 in Augsburg bestimmten Kassenprüfer geprüft. Die Eintragungen im Kassenbuch wurden stichprobentypisch mit den Belegen über Einnahmen und Ausgaben verglichen; ferner wurde die Aufrechnung der einzelnen Spalten weitgehend nachgeprüft. Die Einnahmen wurden mit DM 26 402,90 und die Ausgaben mit DM 25 123,20 festgestellt und überprüft, sodaß sich ein Überschuß von DM 1 279,70 ergab. Das Vermögen des Vereins ist also von DM 9 842,18 am 1. 1. 1970 auf DM 11 121,88 am 31. 12. 1970 angewachsen. Der Haushaltsvoranschlag von DM 29 492,18 für das Jahr 1970 wurde also beträchtlich unterschritten und dem Vorstand kann somit sparsame Haushaltsführung bescheinigt werden.“

Frau I. Sobottke, Bochum, beantragte die Entlastung des Vorstandes, die einstimmig erteilt wurde. Zum Kassenbericht entspann sich in der Mitgliederversammlung eine kurze Debatte, ob der Kassenbericht entweder den Tagungsunterlagen beigegeben werden oder im Rundschreiben vor der Tagung veröffentlicht werden soll. Zuletzt wurde festgestellt, daß man im Vertrauen auf den Vorstand auf beides verzichten soll.

Der neue Haushaltsvoranschlag 1971 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von DM 34 301,88 vor. Er wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

Zu 3: Nachdem noch einmal klargestellt worden war, welche Umstände einer baldigen Fusionierung mit dem VDB entgegenstehen, entstand in der Mitgliederversammlung eine Diskussion darüber, ob nicht eine verstärkte Zusammenarbeit aller Bibliothekare wünschenswert wäre. Einige Mitglieder forderten temperamentvoll eine enge Zusammenarbeit mit den Bibliothekaren an öffentlichen Büchereien, während andere hier

Schwierigkeiten sahen. Herr Kaller, Karlsruhe, erläuterte, daß die Personalstruktur an den öffentlichen Büchereien anders gelagert sei: „Es bestehe eine einheitliche Ausbildung und Laufbahn, außerdem seien die Bibliothekare an öffentlichen Büchereien zum überwiegenden Teil im Angestelltenverhältnis und im Tarifvertrag schon in günstigerer Position als die Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken, bei denen im übrigen die Beamten überwiegen. Auf Grund dieser Sachlage seien im gegenwärtigen Zeitpunkt in berufspolitischer Hinsicht noch keine gemeinsamen Bemühungen möglich.“ Als Ergebnis dieser Diskussion konnte festgestellt werden, daß wohl für einen Zusammenschluß aller bibliothekarischen Sparten die Zeit noch nicht reif sei, er aber Endziel aller Bestrebungen sein müsse. Im fachlichen Bereich sei ja die Zusammenarbeit im Rahmen der Deutschen Bibliothekskonferenz bereits gegeben und sie sollte auch auf den unteren Ebenen angestrebt bzw. weitergepflegt werden, wo sie schon besteht.

Zu 4: Nach Auflösung des Beamtenkartells zum 31. 12. 1970 steht der Verein vor der Frage, ob er sich einer anderen Spitzenorganisation anschließen soll. Die Kommission für Besoldungs- und Tariffragen hat ein Merkblatt ausgearbeitet: Übersicht über die gewerkschaftlichen Organisationsmöglichkeiten von Diplombibliothekaren an wissenschaftlichen Bibliotheken. Als Quelle diente ein Bericht der Rechtskommission des VDB. Herr Mursch gab hierzu noch einige Erläuterungen. Eine Verbindung zu Gewerkschaften muß aufrechterhalten werden, da ein Verband in unserer Größe ohne die Unterstützung der Gewerkschaften in tarifpolitischer Hinsicht nichts erreichen kann. Der Vorsitzende legte dar, welche Möglichkeiten bestehen, korporativ einer Spitzenorganisation beizutreten. Es bieten sich an: Die D A G. Neben den sehr hohen Beiträgen spricht gegen einen Beitritt eine gewisse beamtenfeindliche Haltung, die unsere beamteten Mitglieder verärgern könnte. Der Beamtenbund. Gegen einen Beitritt sprechen die große Zahl der Angestellten in unserem Verein; deren Belange hier nicht hundertprozentig vertreten werden können, außerdem entsteht bei einem korporativen Anschluß der Schwierigkeit, daß Kollegen, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, entweder aus dem Verein oder der Gewerkschaft austreten müßten. Die ÖTV nimmt nur Einzelmitglieder auf. Auf Grund dieser Überlegungen schlägt der Vorsitzende vor, die Frage eines korporativen Anschlusses an einen Spitzenverband zunächst zurückzustellen und es den einzelnen Mitgliedern zu überlassen, ob sie sich als Einzelmitglieder dem Beamtenbund oder einer anderen Gewerkschaft anschließen wollen. Dabei sei natürlich unbedingt anzustreben, daß sich die Diplombibliothekare in den jeweiligen gewerkschaftlichen Organisationen zu Gruppen zusammenschließen, damit die Belange unseres kleinen Berufsstandes dort besser vertreten werden. Verschiedene Mitglieder propagierten von sich aus den Beitritt zu der einen oder anderen Gewerkschaft.

Zu 5: Der Vorsitzende der Kommission für Besoldungs- und Tariffragen, Herr Mursch, München, berichtete über die Sitzung der Kommission am 1. 6.: Zuerst wurde das Angestelltenproblem im Lichte der Vorabregelung von seiten des Bundesinnenministeriums besprochen. Grundlage der Aussprache war der von der Kommission für alle Tagungsteilnehmer veröffentlichte Tätigkeitsbericht, der zugleich als Anlage dem Brief an den Bundesinnenminister beigegeben war. Dieser Brief weist die sogenannte Vorabregelung des Bun-

desinnenministeriums aus Gründen der unrealen Meßzahlen und Unterstellungsverhältnisse in einer 8 Punkte umfassenden Argumentation entschieden zurück. Die Kommission schlägt daher vor, alle Tarifpartner um entsprechende Unterstützung zu bitten, um die prekäre tarifpolitische Situation der Angestellten noch vor den Tarifverhandlungen zu klären. Sodann befaßte sich die Kommission eingehend mit den Vorschlägen für neue Tätigkeitsmerkmale, die im letzten Rundschreiben bereits veröffentlicht wurden. Dieser Entwurf steht im engen Zusammenhang mit der Vorabregelung, dem Entwurf der Tätigkeitsmerkmale der öffentlichen Büchereien und soll nun eine erweiterte Grundlage für die künftigen Tarifverhandlungen abgeben. Die Kommission konnte Textabgleichungen und Textergänzungen, Anmerkungen und Kommentare zu spezifisch bibliothekarischen Tätigkeiten erarbeiten. Grundsätzlich versuchte man, alle Ansätze von Meßzahlen bzw. Unterstellungsverhältnissen als alleinige Bewertungsgrundlage auszuklammern. Die revidierte, der Sprachregelung des BAT angepaßte Fassung wird demnächst zur Diskussion dem Vorstand, dem Beirat und den Mitgliedern des VdDB zugeleitet. Die Kommission erstellte über ihr Mitglied Frösl zur Information der Mitglieder des VdDB eine Übersicht über die derzeitigen gewerkschaftlichen Organisationsmöglichkeiten. Die Kommission kann für die Vereinsmitglieder aus organisatorischen und juristischen Gründen keine allgemeinverbindliche Lösung der gewerkschaftlichen Berufsvertretung anbieten. Die hieb- und stichfesten Materialien für eine wirksame tarifpolitische Vertretung der bibliothekarischen Belange in den Organisationen wird die Kommission zu erarbeiten haben, um eine realistische Selbstdarstellung der Berufsinteressen auf Tarifpartnerebene zum Tragen kommen zu lassen. Die Kommission empfiehlt umgehend eine verstärkte, engere Zusammenarbeit mit der Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen des VdDB, wenn nicht sogar eine zeitweise Zusammenlegung beider Kommissionen, um bei dem engen Konnex der Themenbereiche eine größere Effektivität zu erzielen.

Herr Mursch erläuterte sodann den im Rundschreiben 1971/1 veröffentlichten Entwurf der Tätigkeitsmerkmale für Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken. Er bittet die Kollegen um Mitarbeit und Vorschläge, um die Tätigkeitsmerkmale so festlegen zu können, daß sie in den Tarifverhandlungen den neuesten Stand unserer Tätigkeiten spiegeln. In der sich anschließenden Diskussion über die Vorabregelung forderte eine Reihe von Versammlungsteilnehmern, energisch beim Bundesminister des Innern zu protestieren. Daraufhin gab der Vorsitzende den Wortlaut des Briefes bekannt, mit dem der Verein sich wegen der Vorabregelung am 21. 4. 1971 an den BMI gewandt hatte:

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Verein der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken hat sich im vergangenen Jahr schriftlich und persönlich mehrmals an die Sachbearbeiter Ihres Hauses wegen einer Neufestsetzung der Tätigkeitsmerkmale des BAT für Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken gewandt. Dabei wurde uns zuletzt mit Schreiben vom 11. Mai 1970 eine Vorabregelung versprochen, die unsere Interessen gebührend berücksichtigen sollte. Entgegen zu erwartender Fairneß unterrichtete man uns nicht über das Inkrafttreten dieser Vorabregelung, vielmehr erfuhren wir erst auf Umwegen davon.

Diese Vorabregelung entspricht aber in keiner Weise,

wie zugesagt, den berechtigten Erwartungen unserer Berufskollegen, sowie der betroffenen Bibliotheken und muß deshalb von uns aufs schärfste abgelehnt werden.

Wir erlauben uns, unseren Standpunkt in beigefügter Anlage sachlich und fachlich, vom Berufsstand her und mit menschlichen und sozialen Aspekten zu begründen.

Da unsere Schreiben, Fachgutachten und auch die Vorsprache unseres Vertreters während der Vorverhandlungen bei den zuständigen Herren Ihres Hauses offenbar kein Verständnis fanden, bitten wir Sie persönlich um Ihre Hilfe und Unterstützung. Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie zwei Vertreter unseres Berufsstandes zur mündlichen Darlegung unserer Anliegen empfangen wollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Hans Aumüller

Auf diesen Brief war bis zu dieser Stunde noch keine Antwort eingegangen. Die Versammlung forderte deshalb, in Form einer Resolution den im Brief niedergelegten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eine Arbeitsgruppe aus der Mitgliederversammlung erarbeitete während des Fortgangs der Versammlung den folgenden Text, der von der Mitgliederversammlung angenommen und am Montag, den 7. 6. 1971 an den Bundesinnenminister als Telegramm abgeschickt wurde:

„Die Mitgliederversammlung des Vereins der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken hat sich anlässlich des 61. Deutschen Bibliothekartages in Köln mit der gegenwärtigen Tarifsituation befaßt.

Bereits die im Jahre 1959 formulierten Tätigkeitsmerkmale zeigten weitgehend eine Benachteiligung der Diplombibliothekare gegenüber vergleichbaren Berufsgruppen.

Die jüngste Entwicklung in Form einer praxis- und leistungsfremden (bundesministeriellen) Vorabregelung hat den entschiedenen Protest der Mitgliederversammlung hervorgerufen.

Die Diplombibliothekare sind nicht gewillt, weiterhin eine Verzögerung der längst fälligen Tarifverhandlungen hinzunehmen.

Die Mitgliederversammlung fordert mit Nachdruck, die verfahrenere tarifpolitische Situation durch unmittelbare Verhandlungen zu klären.“

Zu 6: Die Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen des VdDB hat sich seit dem letzten Bibliothekartag in Augsburg personell verändert. Herr Kayser aus Hamburg ist ausgeschieden; neu hinzu kamen Herr Popst aus München und Herr Straßner aus Konstanz. Durch Krankheit und Abwesenheit von Frau Tiedemann und Herrn Michelsen waren die übrigen beiden Kommissionsmitglieder nicht in der Lage, auf ihrer Sitzung am 1. Juli 1971 während des Bibliothekartages in Köln Beschlüsse zu fassen. Herr Straßner berichtete nochmals kurz über die Kommissionsarbeit im vergangenen Jahr und verlas dann den von der Kommission vorbereiteten Brief betreffend die Neuordnung der Ausbildung der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken. Neben einer Begründung werden darin grundsätzlich drei Forderungen aufgestellt:

1. dreijährige Ausbildung, 2. Fachhochschulniveau mit dem Ziel der Integrierung in den Gesamthochschulbereich, 3. Einheitlichkeit in Bund und allen Ländern.

In der Eingabe wird die ständige Konferenz der Kultusminister ersucht, diese drei Forderungen zur Grundlage einer Rahmenvereinbarung zu machen. Die Mitgliederversammlung beauftragte den Vorstand, den Brief abzuschicken.

Herr Popst erläuterte dann in kurzen Zügen den in der Arbeitsgruppe Bibliotheksstudium/Fachstudium von Herrn Stoltzenburg, Konstanz vorgelegten Laufbahn- und Ausbildungsentwurf. In der Mitgliederversammlung wurde darüber lebhaft Kritik laut. Die Kommission wurde beauftragt, sich deshalb in der nächsten Zeit eingehend mit dem neuen Vorschlag eines Ausbildungsmodells von Herrn Stoltzenburg zu befassen. Über das Ergebnis wird in einem der nächsten Rundschreiben berichtet werden. Als weitere Ziele wurden gemeinsame Beratungen mit den Ausbildungskommissionen des VBB, also des Vereins der Bibliothekare an öffentlichen Bibliotheken ins Auge gefaßt, um evtl. zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Ausbildungsfrage oder gar zu einer gemeinsamen Grundausbildung der Anwärter beider Sparten des Bibliothekswesens zu gelangen.

Zur Klärung der Berufserwartungen von Anwärtern und Prüflingen soll versucht werden, auch im Bereich der wissenschaftlichen Bibliotheken Umfragen an den Ausbildungsinstituten durchzuführen und zu veröffentlichen.

Zu 7: Der Vorstand legte der Mitgliederversammlung folgende Anträge zur Abstimmung und Genehmigung vor:

- a) Die Mitgliederversammlung ist einverstanden, daß der Vorstand des Vereins eine engere Zusammenarbeit mit dem VDB anstrebt und die beiden Verbände gegenseitig Vertreter in ihre Vorstandssitzungen entsenden.
- b) Die Mitgliederversammlung ist einverstanden, daß Herr Schuster, Göttingen anstelle des zurückgetretenen Beirats von Niedersachsen, Herrn Birkenmeier als kommissarischer Beirat eingesetzt wird.

Beide Anträge wurden von der Mitgliederversammlung angenommen.

Ein weiterer Antrag war von der Gruppe Konstanz wegen einer Satzungsänderung gestellt worden. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

1. Der Vorstand wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die aufgrund des von der Gruppe Konstanz vorgelegten Entwurfs eine Neufassung der Satzung ausarbeitet.
2. Zu dieser Arbeitsgruppe gehören zwei Mitglieder des Vorstandes und drei Vereinsmitglieder, die von der heutigen Mitgliederversammlung zu wählen sind.
3. Die Neufassung ist in einem Rundschreiben anfangs Oktober den Mitgliedern bekanntzugeben. Änderungsvorschläge können beim Vorstand bis 1. November eingereicht werden.
4. Über den Entwurf und etwaige Änderungsvorschläge, die im Dezember-Rundschreiben veröffentlicht werden, wird schriftlich abgestimmt, so daß die neue Satzung am 1. Februar in Kraft treten kann.

Nach heftigen Diskussionen wurde der Antrag angenommen und in die Arbeitsgruppe „Satzungsänderung“ wurden nach langer Debatte gewählt:

Frau Sobottke, Bochum; Herr Kaller, Karlsruhe; Herr Lais, Saarbrücken; Herr Houtermans, Konstanz; Herr Greiner, Hamburg.

Die Mitgliederversammlung wurde vom Vorsitzenden um 13,30 Uhr geschlossen.

Bericht der Arbeitskreise

Arbeitskreis für Benutzungs- und Leihverkehrsfragen
Teilnehmerzahl: 79

Der AKr befaßte sich mit einigen Einzelfragen aus dem Benutzungsbereich der Bibliotheken. Zur Diskussion gestellt und mit den Benutzungseinrichtungen der gastgebenden Kölner Universitäts- und Stadtbibliothek verglichen wurden Öffnungszeiten, Benutzungsformalitäten und Gebühren, die Behandlung der sekretierten oder auf Benutzung im Lesesaal beschränkten Literatur, die Bereitstellung von Kopiergeräten und dergleichen mehr. Aus dem Bereich des Bibliotheken-Leihverkehrs kamen bestehende und geplante Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung zur Sprache, wie Bücherwagendienst (nunmehr in allen Bundesländern), Verwendung der SSG-Nachweise, Einsatz von Telexgeräten usw. Die Möglichkeiten aber auch Grenzen des LV wurden damit aufgezeigt. Herr Dr. Heydrich, Leiter des Zentralkatalogs Nordrhein-Westfalen, berichtete anschließend über die Arbeitsweise des Kölner ZK und über die Organisation des von dieser Stelle eingerichteten und gesteuerten deutsch-englischen Leihverkehrs.

Albert Frank, Düsseldorf

Arbeitskreis für Dokumentation
Teilnehmerzahl: 58

Thema der 3. Zusammenkunft des Arbeitskreises für Dokumentation waren „Deskriptorsysteme und Informationsspeicher“. Das Einführungsreferat hielt G. Greiner. Nach Klärung der Begriffe „Primär-“ und „Sekundärpublikation“, „Dokumentationssprache“ und „Redundanz“ wurden als Beispiel einer modernen und maschinengerechten Dokumentationssprache die Deskriptoren vorgestellt: ihre Geschichte, ihre besonderen Eigenschaften, ihr Zweck und ihre Anordnung innerhalb der polyhierarchischen Struktur eines Thesaurus. Es folgte die Darstellung der Möglichkeiten logischer Verknüpfung von Deskriptoren als Konjunktion, Disjunktion und Negation, wobei den „role indicators“ und den „links“ als Mitteln zur Reduzierung der Ballastquote besondere Aufmerksamkeit galt. Thesaurus- und Recherche-Beispiele wurden herangereicht. Den Abschluß bildete eine Betrachtung der Sichtlochkarten, eines nach dem Prinzip des „inverted file“ aufgebauten Informationsspeichers, der bei der Schaffung von Deskriptorsystemen durch automatisch anfallende Häufigkeitsanalysen eine wichtige Hilfe sein kann.

In der Diskussion wurde u. a. auch kritisch angemerkt, daß die praktische Anwendbarkeit derartiger Dokumentationssysteme zuweilen dadurch eingeschränkt werde, daß sie der vermittelnden Rolle eines Fachmannes bedürfen. Andererseits wurde geltend gemacht, daß dies vielleicht ein vorübergehender Zustand sei, weil mit der Weiterentwicklung maschineller Dokumentationsverfahren möglicherweise eines Tages unsere natürliche Umgangssprache die derzeitigen Deskriptorsprachen ersetzen werde.

Götz Greiner, Hamburg

Arbeitskreis für elektronische Datenverarbeitung
Thema: Ausleihverbuchung mit EDV
Teilnehmerzahl: 62

Es berichteten:

Ch. Boßmeyer, UB Bochum: Probleme der Ausleihverbuchung mit EDV. Entwicklung der automatisierten Ausleihverbuchung;

Probleme der Magazinbibliotheken, bei freiem Magazinzutritt und in Fachbereichsbibliotheken; off-line- und on-line-Verfahren; Möglichkeiten und Grenzen von Kleincomputern.

Dr. E. Schneider, KFA Jülich: Die Selex-Anlage und der Einsatz der EDV im Dienste der Ausleihe der Zentralbibliothek der Kernforschungsanlage.

Der Einsatz einer Selex-Anlage für die Ausleih-Vorgänge ermöglicht einen schnellen und sicheren Abruf der Literatur aus dem Magazin. Durch den Anschluß an die EDV sind tägliche Ausleih-Listen, regelmäßige Mahnungen, Statistiken und Auswertungen für die Erwerbungspolitik möglich.

E. Bonness, UB Bielefeld: Das integrierte Datenverarbeitungssystem Ausleihe der UB.

Ortsleihe (Ausgabe und Rückgabe, Vormerkung, Verlängerung, Anfragen); aktive und passive Fernleihe; Benachrichtigungen und Mahnungen; Jahrbuch- und interne Benutzungsstatistik; Technische Voraussetzungen für das Dialogsystem im on-line-Betrieb.

G. König, Stadtbücherei Bochum: Ausleihverbuchung in den Stadtbüchereien Bochum und Duisburg.

Erfassungsmethode: Manuelles Eintasten von modulgeprüften Nummern, kombiniert mit der Betätigung von Funktionstasten. Sicherung durch Verwendung von geprüften Nummern und Nummernkontrolle bei Eingabe und Verarbeitung. Ausgeführte Arbeiten: Führen von Buch- und Benutzer-Nummerdateien; Verbuchen der Ausleihen und Rückgaben; Überprüfen der Leihfristen; Erstellen von Mahnlisten und Mahnschreiben einschließlich Berechnung von Entgelten; Statistik.

J. Hoffmann, Bremen

Arbeitskreis für Institutsbibliothekare
Teilnehmerzahl: 45

Als erste Referentin berichtete Frau Hanna Boehl, Bibliothek der Fachhochschule für Musik, Lübeck, über ihren Wirkungskreis. Sie gab einen Überblick über die historische Entwicklung der Bibliothek. Es folgte eine Schilderung der gegenwärtigen Struktur, Aufbau der Kataloge, Formen der Benutzung, Personal- und Sachmittelstatistik.

Herrn von Rauchhaupts Referat hatte die technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung auf dem Gebiete der Titelaufnahme zum Gegenstand.

Mit reichlich Anschauungsmaterial versehen, erläuterte er, insbesondere am Bielefelder Katalogsystem, die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten datenverarbeitender Maschinen bei der Anfertigung von Katalogen. Auch die bis jetzt noch nicht behobenen Mängel dieser neuen Einrichtung auf dem Gebiet des Bibliothekswesens blieben nicht unerwähnt.

An dieses Referat schloß sich eine lebhaft diskutierte Diskussion an.

Als Referentin für die nächste Sitzung in Mannheim ist Frau Ursula Ziebarth, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin vorgesehen. Dieses Referat setzt die Reihe der alljährlich stattfindenden Charakterisierungen verschiedener Bibliothekstypen fort.

Johanna Rischaneck, Heidelberg

Arbeitskreis für Titelaufnahme
Teilnehmerzahl: 150

Im Arbeitskreis für Titelaufnahme standen die beiden Vorabdrucke der neuen Katalogisierungsregeln über die „Ordnung der Eintragungen“ und die „Ansetzung der Namen von Personen“ zur Diskussion. Die hohe Teilnehmerzahl beweist das große Interesse an Informationen über Fortschritte auf dem Gebiet des Bibliothekswesens und speziell hier an den neuen Katalogisierungsregeln.

Nach einem einleitenden Referat, in dem kurz die bisher geübte Praxis nach den „Preußischen Instruktionen“ und die neuen Regeln gegenübergestellt wurden,

begann eine sehr lebhaft Diskussions, in der leider nicht alle Probleme, die die neuen Regeln mit sich bringen, restlos geklärt werden konnten. Es zeigte sich, daß ein großes Bedürfnis nach Erklärung des neuen Regelwerkes und seiner Absichten und nach diesbezüglichen problemorientierten Seminaren und Kommentaren besteht.

Die rege Beteiligung ist als sehr erfreulich hervorzuheben und beweist wohl, daß hier ein erster, kleiner Schritt zu einer Fortbildung in dieser Richtung gesehen wurde und macht Mut für weitere Unternehmungen zu diesem Zweck.

Ingeborg Sobottke, Bochum

Bericht der Bibliothekarischen Auslandsstelle

Die Bibliothekarische Auslandsstelle (BA) ist eine Einrichtung der Deutschen Bibliothekskonferenz. Sie wurde 1963 geschaffen aus der Einsicht der Notwendigkeit verstärkter internationaler Koordination und Kooperation auf dem Gebiet des Bibliothekswesens, speziell durch Förderung des persönlich-fachlichen Kontaktes.

Dementsprechend wurden ihre Aufgaben definiert: Beratung ausländischer Bibliothekare bei der Planung und Durchführung von Studienreisen in der BRD und Vermittlung von Arbeitsaufenthalten sowohl für ausländische Kollegen in Deutschland als auch für deutsche Bibliothekare in anderen Ländern.

Diese Zielvorstellung konnte bislang allerdings nur hinsichtlich der Studienreisen zufriedenstellend verwirklicht werden.

So wurden im Jahre 1970 beispielsweise 17 ausländische Bibliothekare bzw. im Bibliothekswesen tätige Experten eingeladen und zwar aus folgenden Ländern: England, Finnland, Irland, Italien, Jugoslawien, Kanada, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden, Ungarn und den USA. Ferner vermittelte die BA Einladungen an 35 Vertreter ausländischer Bibliotheksvereinigungen, die an den beiden großen Jahreskonferenzen in Augsburg und Würzburg teilnahmen.

Die Finanzierung dieser Reisen erfolgt im Rahmen des Gästeprogramms der Bundesregierung bzw. der bilateralen Kulturabkommen. Letztere ermöglichen die Gegeneinladungen an deutsche Bibliothekare, aufgrund deren im vergangenen Jahr zwei Kolleginnen eine 14-tägige Reise durch Jugoslawien unternehmen konnten und für dieses Jahr eine Einladung nach Norwegen ausgesprochen wurde.

Darüberhinaus erteilt die Auslandsstelle Ratschläge für die Gestaltung von bibliothekarischen Studienreisen zu denen andere Organisationen, z. B. Inter Nationes oder der Deutsche Akademische Austauschdienst eingeladen haben sowie für Bibliothekare, die die BRD auf eigene Initiative besuchen.

In der Vermittlung von Arbeitsaufenthalten, dem weiteren Aufgabengebiet der BA, konnten wir bedauerlicherweise nur Einzelerfolge erzielen. Festen Vereinbarungen mit ausländischen Bibliotheksverbänden stehen zahlreiche Schwierigkeiten laubahnrechtlicher, finanzieller und fachlicher Art entgegen. Auch die gewünschte Aufenthaltsdauer, die meist nur wenige Monate beträgt, erschwert die Vermittlung.

Möglichen Interessenten seien an dieser Stelle nochmals die hauptsächlichen Bedingungen für eine Arbeitsplatzvermittlung genannt:

Abgeschlossene Berufsausbildung und mindestens 4-jährige praktische Tätigkeit im Heimatland sowie ausreichende Sprachkenntnisse. Ferner sollten Angaben gemacht werden über Alter, spezielle Kenntnisse und Interessen, Dauer des Aufenthalts, gewünschte Bibliotheksart, Gebundenheit an bestimmte Orte oder Regionen, Studienzweck des Auslandsaufenthalts und Charakter des gewünschten Arbeitsverhältnisses sowie über die erwartete oder erforderliche Bezahlung.

Die Adresse lautet: Bibliothekarische Auslandsstelle, 5 Köln, Johannisstraße 72/80.

Und noch eine Bitte zum Abschluß: Haben Sie Geduld, wenn Sie ein wenig auf Antwort warten müssen. Die Auslandsstelle stützt sich ausschließlich auf ehrenamtliche Mitarbeiter, ihrer Leistungsfähigkeit sind deshalb feste Grenzen gesetzt.

Karin Siebert, Berlin

Die Antwortbriefe des Bundesministers des Innern

Die Antwort des BMI auf den Brief des Vorstandes die Vorabregelung betreffend ging am 8. Juni in München ein:

Der Bundesminister des Innern.

Bonn, den 2. Juni 1971.

Sehr geehrte Herren!

Mit meinem Schreiben vom 16. April 1970 - D II 2 - 220 284/1 - hatte ich Sie von der Absicht unterrichtet, im Wege einer Vorabregelung für Angestellte im Bibliotheksdienst - insbesondere an wissenschaftlichen Bibliotheken und Behörden-Bibliotheken - die Vergütungs-

tungsgruppen V c, IV a und III BAT zu eröffnen; mit Schreiben vom 11. Mai 1970 hatte ich ferner darauf hingewiesen, daß schon bei Vorbereitung einer solchen Interimsregelung Fachvertreter der wissenschaftlichen Bibliotheken beteiligt worden seien. Demgemäß sind zunächst Tätigkeitsmerkmale im Rahmen der Vergütungsgruppe V c BAT und sodann (für den Bundesbereich mit meinem Rundschreiben vom 12. Februar 1971 - D II 4 - 220 284/1) Tätigkeitsmerkmale im Rahmen der Vergütungsgruppe IV a BAT für Angestellte in wissenschaftlichen Bibliotheken und in Behördenbüchereien übertariflich eingeführt worden.

Lediglich zur Klarstellung darf ich darauf aufmerksam machen, daß Ihre unmittelbare Unterrichtung über das Inkrafttreten dieser Maßnahmen weder erbeten noch zugesagt war.

Es handelt sich um vorläufige übertarifliche Regelungen, die in einzelnen Teilbereichen die Übergangszeit bis zu der geplanten Neuregelung der Eingruppierung der Angestellten im Dokumentations-, Bibliotheks- und Archivdienst überbrücken sollen. Es liegt im Wesen solcher in Vorgriff getroffener Interimsmaßnahmen, daß sie den vorgesehenen oder denkbaren Regelungsbereich weder voll abdecken noch ihn insgesamt oder in Einzelfragen präjudizieren können. Ich möchte Sie daher bitten, den Fortgang der Beratungen zur beabsichtigten Neuregelung, die von fachlicher Seite sorgfältig vorbereitet werden, abzuwarten. Ihre Stellungnahme wird dabei als Material in die Überlegungen einbezogen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag Breier

Die Antwort des BMI auf die Resolution der Mitgliederversammlung am 28. Juni in München ein:

Der Bundesminister des Innern

Bonn, den 21. Juni 1971.

Sehr geehrte Herren!

Ich bestätige den Empfang Ihres Telegramms vom 7. Juni 1971, mit dem Sie die auf Ihrer Mitgliederversammlung erhobenen Forderungen bekanntgeben. Ich verweise dazu auf mein Schreiben vom 2. Juni 1971 - D II 4 - 220 284/1 -, in dem ich auf die vorgesehene Neuregelung der Eingruppierung der Angestellten im Dokumentations-, Bibliotheks- und Archivdienst hingewiesen und gebeten habe, den Fortgang der Beratungen hierzu abzuwarten.

Der Vollständigkeit halber mache ich darauf aufmerksam, daß die von Ihnen erwähnte Vorabregelung nicht nur von Seiten des Bundes, sondern auch der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände getroffen worden ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag Breier

Nachträgliche Graduierung der Absolventen der früheren Bibliothekarschule Hamburg

Dazu teilt der Beirat der Landesgruppe Hamburg, Herr Claus Dehn mit:

Mit dem Gesetz über die Fachhochschule Hamburg vom 18. 2. 1970, (veröffentl. im Hamburgischen Gesetz- u. Verordnungsbl. v. 26. Febr. 1970 S. 61 ff.) ist für den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg eine neue Phase in der bibliothekarischen Ausbildung eingeleitet worden. Von besonderer Wichtigkeit für die Absolventen der früheren Bibliothekarschule ist dabei die Frage der nachträglichen Graduierung.

In § 16 dieses Gesetzes, der Studiendauer, Studiengang und Abschluß regelt, ist in Abschnitt 4 die Graduierung angesprochen: „Wer die staatliche Abschlußprüfung bestanden hat, wird von der Fachhochschule graduiert. Er erhält eine Urkunde über die Verleihung dieses akademischen Grades. Soweit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes an einer Schule ein Diplom statt der Graduierung erteilt wurde, verbleibt es dabei.“

Nach § 62 (1) des Gesetzes ist diese Graduierung auch auf den Kreis der Absolventen der nach § 57 (2) überleiteten Schulen ausgedehnt.

Wie die Präsidialverwaltung der Fachhochschule Hamburg mitteilte, ist inzwischen die praktische Durchführung der nachträglichen Graduierung in der Weise geregelt worden, daß ab sofort alle Absolventen der ehemaligen Bibliothekarschule Hamburg (frühere Bezeichnung: Büchereischule bzw. Bibliotheksschule Hamburg) ohne Einschränkung auf Antrag nachträglich graduiert werden, wenn sie die Ausbildung zum Diplom-Bibliothekar entweder durch das Diplom für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken oder das Diplom für den Dienst an Öffentlichen Büchereien nachweisen können. Die Graduierung wird für die Absolventen der ehemaligen Bibliothekarschule in der Weise durchgeführt, daß sie statt der Graduierungsurkunde ein Diplom erhalten, in dem ihnen der **akademische Grad „Diplom-Bibliothekar“** verliehen wird. Der Antrag ist formlos unter Angabe des Geburtsortes und -ortes und der Prüfungsdaten zu richten an die

Fachhochschule Hamburg
Präsidialverwaltung
2 Hamburg 36
Dammthorstraße 25

Personalnachrichten

Bersekowski, Angela, bisher SB Bremen, jetzt B. d. TU Hannover

Boretzky, Herta, geb. Streck, bisher UB Mannheim, jetzt LuUB Darmstadt

Faißt, Ines, LB Stuttgart, jetzt Ines Eberle

Gause-Külz, Dorothee, bisher Engl. Seminar Berlin, jetzt Deutsches Archäologisches Institut Kairo

Kriester, Sabine, bisher StuUB Frankfurt, jetzt B. d. TU Hannover

Lubczyk, Irmgard, bisher UB Saarbrücken, jetzt UB Bonn

Stilkenboom, Michael, bisher Med. Fak. d. FU Berlin, jetzt B. d. Goethe-Instituts, Oslo
Stribrny, Christiane, bisher B. d. Ges. f. Raumforschung Bad Godesberg, jetzt B. d. Stiftung zur Förderung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Bonn

Nachruf

Wir betrauern den Tod von Herrn Georg Kluge, Hamburg, verstorben am 11. 5. 1971 und Frau Charlotte Lisch, Marburg, verstorben am 7. 5. 1971.

Neue Mitglieder

Wir begrüßen herzlichst als neue Mitglieder:

Arzt, Annette, SuUB Hamburg
Bauer, Charlotte, B. d. Oberverwaltungsgerichts Berlin
Baumgarten, Marianne, UB Kiel
Berg, Gudrun, SB Berlin
Beuerle, Christof, UB Mainz
Borm, Wolfgang, Herzog-August-B., Wolfenbüttel
Bussian, Urte, UB Mannheim
Chall, Gisela, UB Braunschweig
Curth, Gerlinde, SuUB Hamburg
Cziporowski, Hannelore, SB Berlin
Engler, Jutta, B. d. FU Berlin
Friesch, Heidi, B. d. TU München
Geier, Ursula, SB München
Gross, Gabriele, B. d. Max-Planck-Inst. f. Metallforschung, Stuttgart
Gürtgen, Magdalene, Zentrale Informationsstelle f. Verkehr, Köln
Hammer, Edeltraud, StB Regensburg
Hase, Rolf-Manfred, LB Hannover
Hölsebeck, Manfred, UB Düsseldorf
Hofmann, Hildegard, UB Saarbrücken
Hübschmann, Dietmar, Senatsb. Berlin
Joachim, Maria, SuUB Bremen
Klitzing, Brunhild, UB Saarbrücken
Kochinke, Gisela, SB Berlin
Koster, Elisabeth de, Forschungsinst. f. Polit. Wiss. d. Univ. Köln
Kursawe, Günter, Biolog. Bundesanstalt f. Land- u. Forstwirtschaft, Berlin
Kurth, Christine, UB Kaiserslautern
Kurzeja, Monika, UB Clausthal-Zellerfeld
Maetzke-Ott, Renate, UB Konstanz
Mandt-Merck, Ilona, B. d. Kunsthalle Hamburg
Mauthe, Mechthild, UB Saarbrücken
Miesel, Barbara, SuUB Bremen
Möller, Stefan, UB Bonn

Mohrbach, Gabriele, UB Saarbrücken
Müller, Anita, UB Saarbrücken
Müller, Dietlind, SB München
Naeldechen, Elfriede, Landesamt f. Denkmalpflege Münster
Nippelt, Stefanie, SuUB Hamburg
Olschewski, Ursula, UB Wiesbaden
Osterberg, Beate, UB Saarbrücken
Paschke, Eva, B. d. TU München
Petzenhauser-Keuth, Giselheid, SB München
Pöhler, Barbara, UB Konstanz
Ritter, Inken, UB Konstanz
Rückriem, Karl-Heinz, UB Bochum
Ruhl, Heidemarie, SB Berlin
Schneider, Karin-Elke, UB Konstanz
Schöber, Barbara, UB Regensburg
Scholz, Dorothea, SB München
Schütze, Swolke, B. d. Forstwirtschaftl. Fakultät der Univ. Freiburg
Schultz, Klaus, SB München
Starosky, Renate, UB Clausthal-Zellerfeld
Tanner, John, B. d., TU Berlin
Vogel, Christine, SB München
Volk, Manfred, B. d. FU Berlin
Waechter, Barbara, European Southern Observatory Hamburg
Wagner, Uta, SuUB Hamburg

Fachkräfte

werden von folgenden Bibliotheken für die angegebenen Stellen gesucht:

Bibliothek der Pädagogischen Hochschule, 69 **Heidelberg**, Keplerstr. 87; 1 Beamtenstelle A 9 (Ausleihe).
Universitätsbibliothek, 68 **Mannheim 1**, Schloß, Ostflügel; mehrere Beamten- und Angestelltenstellen.
Bibliothek der Fakultät f. Klinisch. Medizin, 68 **Mannheim**, Theodor-Kutzer-Ufer, Städt. Krankenanstalten
1 Angestellten-Stelle BAT V b, (Lehrbuchsammlung).
Deutsches Jugendinstitut, 8 **München 13**, Infanteriestraße 13; 1 Angestellten-Stelle BAT IV b (leitende Tätigkeit).
Bibliothek der Staatl. Höheren Wirtschaftsfachschule, 7530 **Pforzheim**, Holzgartenstr. 36; 1 Beamtenstelle A 11 (Leitung d. Bibl.).

Fragebogen

Mit diesem Rundschreiben übersenden wir allen Kollegen, die im Angestelltenverhältnis stehen, einen Fragebogen, der uns konkretes Zahlenmaterial für die Verhandlungen über die Neufassung der Tätigkeitsmerkmale des BAT geben soll. Mitglieder im Angestelltenverhältnis, die als solche in unserer Kartei nicht erfaßt sind, werden gebeten, einen Fragebogen anzufordern.